



Grundschulverband e. V.
gegründet 1969 als
Arbeitskreis Grundschule
Landesgruppe Thüringen

Hauptstraße 7
99734 Nordhausen

Grundschulverband e.V. • Landesgruppe Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1

THÜR. LANDTAG POST
06.02.2023 10:51
3694/2023

99096 Erfurt

**Den Mitgliedern des
AfBJS**

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2322

Nordhausen, 30.01.2023

Stellungnahme

zu Drs. 7/5371

A. Problem- und Regelbedürfnis

Der Landesvorstand Thüringen des Grundschulverbandes e.V. sieht im Gesetzentwurf und hier im Besonderen im Punkt A. Problem und Regelbedürfnis die Aussage „Das Thüringer Bildungssystem zählt seit Jahrzehnten zu den **leistungsfähigsten** und **schülerorientiertesten** Bildungssystemen der Bundesrepublik. Hoher pädagogischer Anspruch und große pädagogische Kompetenz **zielen** auf eine bedarfsgerechte Beschulung der Thüringer Schülerinnen und Schüler.“ eher kritisch. Nach unserer Wahrnehmung sind derartige Superlative nicht geboten. Die IQB-Studie 2021 spiegelt mit den Thüringer Ergebnissen den Bildungstrend unmissverständlich wider.

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Nach wie vor sehen wir in der Zusammenführung des Thüringer Schulgesetzes (Thür-SchulG) und Thüringer Förderschulgesetzes (ThürFSG) zu einem inklusiven Schulgesetz als Notwendigkeit für die Schaffung eines inklusiven Bildungswesens grundlegend positiv.

Es ist unbestritten, dass dem Prinzip, grundsätzlich alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht zu unterrichten, **nicht zu Lasten des freien Schulwahlrechts der Eltern gehen darf.**

(siehe §3 Thür.Schulgesetz)

Wie erneuern aber auch unsere Forderung, die Grundschule als Lern- und Lebensort sowie als Arbeitsplatz für Pädagogen und Mitarbeiter finanziell, räumlich, sächlich und personell den Anforderungen gemäß auszustatten. Sie braucht als ganztägige inklusive Bildungseinrichtung professionelle Arbeits- und Rahmenbedingungen, deren Grundlagen in einem entsprechenden Gesetz geregelt sind.

Wir begrüßen weiterhin den Grundsatz, dass der gemeinsame Unterricht Vorrang vor der Beschulung in einer Förderschule hat. Richtig ist aus unserer Sicht auch, dass eine Beschulung im gemeinsamen Unterricht an einer allgemeinen Schule dann möglich ist, **wenn die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen** gegeben sind. Diese sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im umfänglichen Maße vorhanden. Es muss das stetig anzustrebende Ziel sein, genau diese Voraussetzungen in der Fläche vorzuhalten. **(siehe §8a)**

Die gemeinsame Verantwortung von Lehrerinnen und Lehrern für Förderpädagogik und Grundschullehrerinnen und -lehrern für das Gelingen von Lernprozessen im gemeinsamen Unterricht erfordert eine enge Zusammenarbeit der beiden Professionen und insbesondere ein stetig auszubauendes Erfahrungswissen, das sich neben anderem auch aus erteiltem Unterricht speist. Das Planen, Durchführen und Reflektieren von Unterricht müssen eine Aufgabe sein, die gleichermaßen von beiden Professionen als diese angenommen werden und in Selbstverständnis übergehen.

Damit dieser Unterricht dem vorgesehenen Zweck dient, wäre eine Spezifizierung im Hinblick auf „Unterricht in multiprofessionellen Teams“ zielführend. Somit würde auch dem Missstand vorgebeugt, Förderschullehrerinnen und –Lehrer als Vertretungslehrkräfte zu nutzen.

(siehe §34)